

VOM SOZIALEN DEFAITISMUS ZUR SOZIALEN VERANTWORTUNG

Das in den Aufsätzen von *Stammer* und Klaus Peter *Schulz* in den „GM“ behandelte Thema des „sozialen Defaitismus“ ist zweifellos von sehr großer Wichtigkeit, da in ihm eine Besinnung darauf erstrebt wird, mit welchen Grundlagen der politischen Haltung und des sozialen Bewußtseins heute irgendwelche Politik in Deutschland überhaupt noch rechnen kann. Allerdings scheint es mir, als ob bisher, besonders in dem Beitrag von K. P. Schulz, die Dinge zu einseitig gesehen sind und dieser sogenannte „soziale Defaitismus“ durchaus Seiten zeigt, die keineswegs nur negativ bewertet werden können. *Stammer* hat in seiner Erwiderung schon auf die berechtigten Seiten des „Ohne-uns“-Standpunktes hingewiesen und ein psychologisches Verständnis für die Entstehung dieser Haltung zu wecken versucht. Aber über seine im wesentlichen sozialpsychologische Deutung hinaus, der ich durchaus zustimme, scheint mir eine Klärung des gesellschaftlichen Strukturwandels erforderlich, der dieser politischen Einstellung unterliegt, vor allem, damit man die Dauerhaftigkeit und die Tiefe dieser Erscheinung des „sozialen Defaitismus“ nicht unterschätzt. Insbesondere hielte ich es aber für verfehlt, wenn nicht darauf aufmerksam gemacht würde, daß in der gekennzeichneten politisch desinteressierten Haltung gewisse Wurzeln gerade dafür stecken, daß heute den Gewerkschaften ein ungleich höheres Vertrauen und eine allgemeinere Anerkennung entgegengebracht wird als rein politischen Organisationen wie den Parteien. Daß diese Seite des „sozialen Defaitismus“ auch betont und ihr Wert gerade im Bereich der Gewerkschaften voll durchkalkuliert wird, scheint mir Grund genug dafür, dies Thema nochmals aufzunehmen.

Was heute unter „sozialem Defaitismus“ oder der populären Formel, der „Ohne-uns“-Haltung, verstanden wird, braucht nicht noch einmal umschrieben zu werden; *Stammer* nennt sie mit Recht ein „Einfrieren der politischen Bereitschaft“.

Für diese Haltung bietet sich eine ganze Reihe vordergründiger Erklärungen an: zunächst liegen ihr die tiefen Enttäuschungen zugrunde, die jede soziale Glaubens- und Verantwortungsbereitschaft durch den Nationalsozialismus und den Krieg erlitten hat. Dazu treten die Erfahrungen der Nachkriegszeit: die offensichtlichen Widersprüche zwischen den sozial-moralischen Ansprüchen und Verheißungen der Sieger und der Praxis der Besatzungspolitik oder der anderen weltpolitischen Ereignisse, das weitgehende Versagen der Organisationen des Staates in ihrer Hilfe- und Sicherheitsleistung, die offenkundige Korruption in und außerhalb der Behörden in den Umsturzeiten und letzten Endes die bedrängte wirtschaftliche Lage oder Armut großer Teile der Bevölkerung. Dies alles steigerte das enttäuschte Sichverschließen vor den Ansprüchen des sozialen Ganzen. Besonders gewichtig für -diese Abwendung der Interessen von der Öffentlichkeit ist die Entnazifizierung geworden, weil sie neben der Enttäuschung noch die Angst in sehr vielen verwurzelt hat, daß bei einem politischen Systemwechsel eine gleiche persönliche Zurechnung jeder öffentlichen Betätigung unter umgekehrten sozialen und politischen Maßstäben erfolgen könnte. Die Zweiteilung Deutschlands in Ost und West und die kritische Weltlage wirken als ein dauerndes, aufdringliches Warnzeichen für die Realität dieser Befürchtung. So ist es psychologisch keineswegs verwunderlich, wenn man gemeinhin von den Leuten hört, sie hätten von jeder Art von Politik und sonstigen Pflichten gegenüber der Allgemeinheit „die Nase voll“.

Aber diese psychologisch durchaus hinreichenden Erklärungen verhindern häufig die Erkenntnis, daß dieses Desinteressement an der Gesamtgesellschaft, wie wir neutraler einmal diese Haltung nennen wollen, auf tiefgreifenden sozialen Strukturveränderungen beruht, deren Auswirkungen heute noch keineswegs ganz überblickt werden. Die entscheidenden sozialen Schicksale der Kriegs- und Nachkriegszeit, die ganze Massen der deutschen Bevölkerung betroffen haben, sind die Vertreibung aus der Heimat, die soziale, meist berufliche Deklassierung, der Verlust nächster Familienangehöriger wie des Ehemannes oder der Kinder durch die Kriegsergebnisse, der Verlust von Besitz und Hausrat durch die Ausbombung und die lange, zehrende Kriegsgefangenschaft vieler Männer. Eine der wesentlichsten Folgen dieser typischen sozialen Schicksale ist nun zweifellos eine von der sozialen Einstellung dieser Menschen ganz unabhängige Ausgliederung dieser Familien aus dem Gefüge der Gesamtgesellschaft: mit der Vertreibung von Heimat und Besitz haben sich große Teile bodenständiger Bevölkerung in individualisierte Familien aufgelöst und verstreut; die Zusammenhänge mit den alten Ordnungen und Berufsbindungen sind mit dem Verlust der Wohnstätte und dem Wechsel der Berufe zerrissen; ebenso hat sich durch den Tod gewichtiger Mitglieder der Familie der einstmals unter ihnen hergestellte Zusammenhang mit der sozialen Umwelt gelockert, und schon der bloße Verlust des Hausrates und der Wohnung durch die Ausbombung zeigt gleiche Folgen des Abbaus der sozialen und geselligen Beziehungen der davon betroffenen Menschen.

Dazu kommt, daß diese Ereignisse so tief griffen, daß sie den Bestand der Familie selbst und in den meisten Fällen auch die berufliche Tätigkeit und damit die unabdingbare wirtschaftliche Grundlage des einzelnen gefährdeten. Damit sahen sich diese Menschen in einer sozialen Ausgesetztheit, in der es für sie den Grundbestand ihrer menschlichen und sozialen Sicherheit, die Familie und den Beruf, erst einmal zu retten und zu bewahren galt. Der Zusammenbruch aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen und Organisationen ließ sie bei dieser Aufgabe ohne wesentliche Unterstützung durch die Gesamtgesellschaft, deren Ruin im Gegenteil die Ursache ihrer Nöte bildete; fast alle diese Menschen erfuhren, daß in diesem allgemeinen Zusammenbruch eben die Zusammengehörigkeit der Familie und die persönlichsten Bindungen zu den Nächsten, den Verwandten und Freunden, das einzig Verlässliche und Rettende in der Zeit der Not und Krise waren. Diese durch die Ereignisse und persönlichen Schicksale erzwungenen Lockerungen der sozialen Bindungen und die Erfahrungen, daß man sich in den sozialen Krisenzeiten nur noch auf die nächsten Familienangehörigen und Freunde verlassen kann, keineswegs aber auf organisatorische oder rechtliche Sicherungen durch die Gesamtgesellschaft, hat sich nun bei diesen Familien weitgehend auch in eine bewußte Tendenz zur sozialen Isolierung vom Gesellschaftsganzen umgesetzt.

Indem dieser Kampf um den Bestand der Familie, um die Erhaltung oder Wiedergewinnung der beruflichen Stellung und die damit verbundenen Anstrengungen und Arbeitslasten alle Energien in Anspruch nahmen, wurden eben Familie und Beruf zum Mittelpunkt aller sozialen Wünsche und Verhaltensweisen. Hierin liegt die grundlegende Sozialstruktur für das Desinteressement am sozialen Ganzen, für die fortschreitende Entpolitisierung der deutschen Menschen. Familie und Beruf wurden als das einzig Verlässliche im Zusammenbruch erlebt und werden daher heute weitgehend als der Sinn und das Ziel des Daseins in einen Gegensatz zu den immer fremder werdenden Beziehungen zur Gesamtgesellschaft gesetzt. Diese Abwendung von den Bindungen an die weitere soziale

Umwelt und die soziale Erfüllung in der familiären Gruppe und beruflichen Kleinwelt erzeugen als korrespondierende Grundgefühle der Menschen einerseits eine Dauerstimmung der Resignation und des Ressentiments, des Verlassen- und Verratenseins durch die Großorganisationen aller Art, andererseits aber eine erhöhte soziale Sicherheit in der intimen Gruppe, da man nun nach so vielen enttäuschenden und als Irrtum eingesehenen Bemühungen um die „Welt“ im engeren Schoße der Familie und in seiner beruflichen Tätigkeit die Zufriedenheit und Sicherheit sucht und findet, die einem die weiteren sozialen Beziehungen so auffällig versagten.

Am deutlichsten zeigte sich diese Flucht in die engen und intimen sozialen Stützen während der Zeit des völligen Zusammenbruchs unserer öffentlichen Ordnung, in jenen Jahren bestand sogar im wirtschaftlichen und politischen Handeln, soweit es sich überhaupt noch aus eigener Entschlußkraft regte, die gleiche Tendenz zur kleinen verlässlichen Clique, zur Sammlung von wenigen „Anständigen“ auf dem Boden der persönlichen Verlässlichkeit von Mensch zu Mensch, zur Ausnutzung von Familien- und Freundschaftsbeziehungen für Geschäfte — einer Art familiärer Verbundwirtschaft — oder auch nur für die Sorge um den notwendigsten Lebensunterhalt. Dieser politische Oasenkomplex mag bei manchem seiner Anhänger Hoffnungen erweckt haben, daß aus dieser Sammlung intimer Gruppen und Grüppchen einmal eine Erneuerung der sozialen Ordnung aufwachsen könne, aber nachdem die bürokratische Öffentlichkeit sich erholt, erwiesen sich diese Sammlungsbewegungen en miniature doch als unschöpferisch und ohne Standfestigkeit, als bloße Ausflüsse der Rat- und Tatlosigkeit in den ersten Schrecksekunden des Zusammenbruchs. Der tiefere Strom der Rückwendung der Lebensenergien auf Familie und Beruf verstärkt sich aber, und er ist von den bürokratischen Organisationen schwerlich in die Kanäle einer öffentlich-politischen Betätigung und Programmatik abzuleiten. Es liegt ein kaum zu unterschätzender sozialer Wandel darin, daß der bürokratischen Öffentlichkeit heute nicht mehr ein relativ isoliertes Individuum mit seinen sozialen Wünschen und Hoffnungen gegenübersteht, sondern ein sehr bewußter kleinfamiliärer Gruppenegoismus, der deshalb stärker ist als der Egoismus des isolierten Einzelmenschen, weil er den sozialen Opferwillen des einzelnen auf die Familie ablenkt und darin absättigt, so daß der Gesamtgesellschaft ein sehr sachlicher und vor ideologischer Ausbeutung geschützter Egoismus der kleinen Gruppe gegenübertritt.

Wenn man daher einmal gründlich untersucht, welche öffentlichen Angelegenheiten heute noch durchschnittlich das größte Interesse finden, wird man bemerken, daß es meist diejenigen sind, die zu dem familiären und beruflichen Dasein die unmittelbarsten Beziehungen oder Auswirkungen haben, und die Einstellung ihnen gegenüber wird um so positiver und aufgeschlossener sein, je sachlicher und politisch neutraler diese Dinge zu sein scheinen. So erfahren z. B. die demokratischen Grund- und Freiheitsrechte des einzelnen eine sehr starke Bejahung und Anerkennung, weil sie den privaten Lebensbereich der einzelnen vor den Ansprüchen und Übergriffen der staatlichen und politischen Kräfte schützen; aber diese Zustimmung geht doch nicht so weit, daß sie sich nun zu aktiver politischer und öffentlicher Betätigung verlocken ließe, um diese Freiheitsrechte auch durchzusetzen und zu bewahren. Der Drang nach politischer Neutralisierung und Privatisierung des Daseins findet in dieser Bejahung der Grundrechte des Individuums eine politisch erscheinende Ausdrucksform, die jedoch in Wirklichkeit weitgehend nur als eine durch die Gesinnungsansprüche der Öffentlichkeit her-

vorgerufene Maskierung des politischen Desinteresses angesehen werden muß.

Auf der gleichen Linie liegt es, daß die sozialen und karitativen Einrichtungen und Organisationen noch durchaus große Zustimmung und Interesse finden, weil in ihnen die unmittelbare Hilfe von Mensch zu Mensch das Ziel ist oder die wirtschaftliche Lage der Familie oder der beruflichen Tätigkeit unmittelbar berührt wird. Daher wird auch der sozialpolitischen Vertretung beruflicher und familiärwirtschaftlicher Interessen in der Öffentlichkeit durchschnittlich eine weit höhere Anerkennung und Berechtigung zugebilligt als den Organisationen rein politischer Willensbildung. In Untersuchungen, die wir anstellten, kam dies darin zum Ausdruck, daß die Existenz und Politik der Gewerkschaften eine ungleich höhere Zustimmung erfuhr als die der Parteien. Äußerungen, wie „Die wissen wenigstens, was sie wollen“ oder „Die sorgen wenigstens für uns“, zielten immer wieder auf die Anerkennung einer die konkreten wirtschaftlichen Interessen der Familien und Berufe vertretenden Organisation und waren durchaus polemisch und abwertend gegenüber den sich mit gesamtpolitischen Konzeptionen oder gar Ideologien begründenden Parteien gemeint. Erstaunlich war, daß dieser Standpunkt auch häufig bei denjenigen anzutreffen war, die persönlich keineswegs den Gewerkschaften angehörten oder durch ihre Politik sich unmittelbaren Nutzen erhofften. Gerade dies aber scheint ein Zeichen dafür zu sein, daß in der Tat die relativ entpolitisierte Vertretung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen in der Öffentlichkeit heute noch am ehesten sachliche Anerkennung und allgemeines Verständnis erhält.

Die Skepsis, das Desinteressement gegenüber der Gesamtgesellschaft, jener bekannte „Ohne-uns“-Standpunkt, ist von der anderen Seite, der der Familie, her gesehen die durchaus erfreuliche Zurückführung des Abstrakten und Programmatischen im sozialen Denken auf die Erfahrung und die Sachlichkeit der jeweils eigenen Existenz: die jeweils eigene Familie und die jeweils eigene berufliche und wirtschaftliche Tätigkeit und Lage werden zur Grundlage der Meinungen und Urteile über die Öffentlichkeit, bestimmen die Bereitschaft und das Vertrauen, irgendwo mitzumachen, oder den Entschluß, sich von einer öffentlichen Betätigung fernzuhalten. Es ist die Rückkehr von der Gesinnungsbestimmtheit durch abstrakte Grundsätze zu einem vom einzelnen selbst zu überschauenden und zu beherrschenden Tun. Das „Ohne-uns“ stammt also aus einem verstärkten „Mit-uns“, einer gesteigerten Lebensverantwortung gegenüber dem engeren, persönlichen Lebensbereich. Ich kann nicht umhin zu glauben, daß dies auf die Dauer eine günstigere Grundlage für eine wirklichkeitsnahe und ihre begrenzten Möglichkeiten ausnutzende Politik der politischen Führungen ist als der affektbestimmte „Aufruhr der Gewissen“ oder die Bedürfnisse politisierender Massen nach sozialer Neuordnung und Revolution.

Natürlich bleibt diese Wendung zu der im familiären Bereich wurzelnden Sachlichkeit in ihren Äußerungen sehr oft noch in der Ausbreitung der negativen Erfahrungen mit der Öffentlichkeit hängen und spricht sich als Ressentiment aus. Der Grundton ist aber allzu resignativ, als daß die Aussicht bestünde, aus diesen Resten des Ressentiments weittragende soziale Aktivität zu schlagen. Denn die Grunderfahrung jedes einzelnen ist ja eben die der Ausbeutung der sozialen Aktivität und der sozialen Ideale durch die unüberschaubaren bürokratischen Organisationen der Öffentlichkeit. Dafür ein Beispiel: Untersucht man die Ursachen, aus denen gegenwärtig die deutsche Jugend so weitgehend gegen eine Remilitarisierung Deutschlands eingestellt ist — wir haben es in verschiedenen Gruppendiskussionen mit Studenten und jungen Arbeitern versucht —, so schei-

nen keineswegs die Gefühle des Ressentiments, so sehr sie sich auch in der Äußerung oft und schroff vordrängen, den entscheidenden Nährboden für diese Einstellung zu bilden, sondern es treten — vielfach erst im ruhigen Einzelgespräch zu bemerken — die Bedürfnisse, das gerade leidlich in Gang gebrachte berufliche Leben, die Ausbildung und Laufbahn nicht wieder unterbrechen oder sich nicht von der Familie oder sonstigen vertrauten Umwelt trennen und sie der Fürsorge der Behörden oder anderen Ungewissen Schicksalen überlassen zu müssen, auch schon bei diesen Jugendlichen als die tieferen Ursprünge dieses Verhaltens zutage. Indem man ihnen die Abhängigkeit ihres persönlichen Daseins von den politischen Entscheidungen und Ereignissen vor Augen führt, in deren Rahmen die deutsche Wehrbeteiligung steht, kann man sie durchaus dazu bringen, die Schicht der affektiven Stellungnahme zu durchstoßen und sachlich das Für und Wider dieser Frage zu erörtern, aber irgendwie bleibt diese politische Vernünftigkeit bloß und ohne persönliche Verpflichtung im Vergleich zu dem, was der private Lebensbereich dem einzelnen ohne viel Argumente als das für seine Lage Zweckmäßige und zu Tuende aufdrängt. Ich glaube nicht, daß in dieser Jugend eine Wehrfreudigkeit wieder über den Weg neuer politischer Ideale zu erreichen sein wird.

Damit scheint mir eine viel grundsätzlichere Grenze jeglicher Form von Gesinnungsrevolution in der Entwicklung der deutschen Gesellschaft erreicht zu sein, als man gemeinhin annimmt. Die schwierige und ohne Hilfe gesamtgesellschaftlicher Organisationen geleistete Selbstbehauptung der Familien im Zusammenbruch der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Ordnungen und die damit verbundene Diskriminierung ihrer Haltungen gegenüber den abstrakten Inhalten jener Öffentlichkeit hat die Illusion jeder sozialen Verheißung gründlicher zerstört als jede wissenschaftliche Kritik oder auch jeder weltanschauliche Kampf es je vermochten. Die in ihrer Not aufdringliche Realität des persönlichsten Bereiches hat die Vorbedingung zu jeder Form der Gesinnungsrevolution oder sonstigen programmatischen sozialen Weltbeglückung aufgehoben, nämlich das Interesse, daran zu glauben.

Für die programmatisch und ideologisch bestimmten Politiker bildet diese passive, desinteressierte Einstellung gegenüber den Dingen der Politik und Öffentlichkeit natürlich einen Hemmschuh in ihren Bemühungen, sich Gefolgschaften oder auch nur eine Mitarbeit im öffentlichen Leben zu mobilisieren. Daher ihre Klage über den „sozialen Defaitismus“. Allerdings scheinen sie mir die Tiefe dieser Wandlung noch zu unterschätzen, wenn sie darin nur eine vorübergehende Erschlaffung des politischen Aktivismus sehen, den man mit moralischem Zureden und den üblichen Mitteln der Massenpropaganda wieder beheben könnte. Diese Spekulationen werden sich auf jeder Seite der politischen Fronten als trügerisch erweisen, sofern sie sich nicht auf terroristische Zwangsmaßnahmen stützen können.

Deshalb halte ich auch die Deutung, die Klaus Peter Schulz in seinem Aufsatz über „Die Wurzeln des sozialen Defaitismus“ (Gewerkschaftliche Monatshefte, Jahrg. 2, Heft 1) dieser Erscheinung gibt, für einseitig und die Forderungen, die er darin anmeldet, für nicht unbedenklich. Die Forderung nach einem „voluntaristisch“ und „avantgardistisch“ sich verstehenden „Aufruhr der Gewissen“ und einem „übergreifenden Willen zum sozialen Aufbruch“ entspricht in der Tat genau der revolutionären Programm-Gesinnung eines politischen Intellektualismus, an dem breiteste Schichten der Bevölkerung auf Grund des von uns beschriebenen Wandels in der Stellung des Einzelnen zur Gesamtgesellschaft interessiert sind. Dieser programmatische Intellektualismus vermag den real-

soziologischen Blick nicht mehr dafür aufzubringen, daß die hausbackene Privatisierung der Menschen eben schon einen sozialen Strukturwandel mit neuen Zeitinhalten und Wertvorstellungen darstellt. Diese Blindheit der rückwärts gewendeten geistigen Front scheint uns das größte Hindernis dafür, die Tatsachen unserer Epoche frühzeitig zu sehen und redlich zu deuten. Wie schon einmal in der Situation großen sozialen Strukturwandels gilt es, zunächst das soziale Sein zu bestimmen und anzuerkennen, ehe man sich in den Bereich der Wünsche nach irgendwelchen Formen des sozialen Bewußtseins begibt.

Insbesondere dürfte es für die Stabilität einer politischen Großorganisation wie der Gewerkschaft von großer Wichtigkeit sein, nicht zu verkennen, auf welchen sozialen Strukturwandlungen und Grundbedürfnissen sie ihre politische Wirksamkeit aufbauen kann. Mir scheint, daß ihre gegenwärtige Stärke nicht zuletzt in der Enthaltbarkeit von irgendwelchen Programmen eines massenrevolutionierenden „Willens zum sozialen Aufbruch“ — von dem es noch durchaus fraglich wäre, wo er endete —, sondern in der klaren, realpolitischen und im Kleinen ertragreichen Politik der Interessenvertretung besteht, eben jener Interessen, die den Kern des kleinfamiliären Gruppenegoismus bilden, den wir beschreiben. Das anarchische Mosaik der sich selbst zum sozialen Ziel werdenden Familien und persongebundenen Gruppen ist keine Grundlage mehr für die Fortführung des „Aufstandes der Massen“, sondern scheint die so oft beschworene „Entmassung“ unserer Welt, allerdings mit Leid und Not und keineswegs geplant, einzuleiten. In dieser Hinsicht könnte der sogenannte „soziale Defaitismus“ den Beginn einer Wende in der Gesetzmäßigkeit des modernen Zeitalters bedeuten.

PAPST PIUS XL:

„Während der tote Stoff veredelt die Stätten der Arbeit verläßt, werden die Menschen dort an Leib und Seele verdorben.“

„Lange genug konnte in der Tat das Kapital ein Übermaß (an Arbeitsertrag) für sich vorwegnehmen. Das gesamte Erträgnis, die ganzen Überschüsse nahm das Kapital vorweg für sich in Anspruch, dem Arbeiter kaum die Notdurft für die Erhaltung der Arbeitskraft und ihre Reproduktion überlassend. Nach einem unwiderstehlichen Naturgesetz der Wirtschaft' sollte alle Kapitalakkumulation nur beim Kapitalbesitzer stattfinden können, während das gleiche Gesetz den Arbeiter zu ewiger Proletarität und zu einem Leben an der Grenze des Existenzminimums verdamme. So wenigstens lautete die Theorie... Kann es wundernehmen, daß derart verkehrte Auffassungen, derart unberechtigte Ansprüche leidenschaftlich bekämpft wurden?“

(Quadragesimo anno)